

Beschluss

Rechtsextremist*innen das Einfallstor verschließen: keine Instrumentalisierung der Pandemie zulassen

Gremium: 46. Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 26.03.2022

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge Verschiedenes

Antragstext

1 Seit zwei Jahren leben wir mit der COVID-19-Pandemie. Das verlangt uns allen im Alltag immens viel ab.
2 Wir haben in Brandenburg gemeinsam die Zeiten im Lockdown überstanden. Wir sind mit Pflegekräften,
3 Eltern und Verwaltungsmitarbeitenden an unsere Grenzen gekommen. Uns eint die Erschöpfung und der
4 Wunsch nach einem Ende der Pandemie. Dennoch steht die Mehrheit der Gesellschaft solidarisch
5 zusammen, auf der anderen Seite erleben wir eine massiver Zunahme radikaler, teils extremistischer
6 Meinungsäußerungen von einem kleinen Teil der Gesellschaft. Diese erreichen über Telegram und andere
7 soziale Netzwerke immer mehr Menschen in einem Umfeld, in dem weder kritisch hinterfragt noch
8 Widerspruch gegen antisemitische Verschwörungserzählungen geäußert wird.

9 Unangemeldete Versammlungen, bei denen konsequent gegen das Infektionsschutzgesetz und
10 versammlungsrechtliche Auflagen, Gesetze und Verordnungen verstoßen wird, richten sich nur vermeintlich
11 gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Den Initiator*innen geht es um etwas anderes. Zum
12 Teil sind es die gleichen Akteure, welche seit Jahren asylfeindliche Demonstrationen organisieren oder an
13 diesen teilnehmen. Sie lehnen den demokratischen Staat ab und heizen mit Widerstands-Rhetorik die
14 Stimmung immer weiter an. Wer hier mitläuft, unterstützt die größte rechtsextreme Mobilisierung seit
15 Jahrzehnten.

16
17 Mit Sorge beobachten wir die spontan emotionalisierte Gewalt, an der sich beispielsweise beim Stürmen
18 einer Polizeikette auch Versammlungsteilnehmer*innen beteiligen, die sonst nicht einem gewaltbereiten
19 Spektrum zuzuordnen sind. Unser ausdrücklicher Dank gilt den Polizist*innen, die über viele Wochen
20 hinweg unter erheblichen persönlichen Belastungen diese Versammlungen begleitet haben.

21 Unsere Solidarität gilt neben den direkt von der Pandemie betroffenen Menschen denen, die sich allein, in
22 lokalen Initiativen oder kommunalpolitisch für das solidarische Brandenburg engagieren, für das die große
23 Mehrheit unserer Gesellschaft steht. Sie gilt auch Journalist*innen und Wissenschaftler*innen, die immer
24 häufiger psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt sind, dennoch ihrer wichtigen Arbeit nachgehen
25 und damit eine unabhängige Berichterstattung bzw. Forschung ermöglichen.

26
27 Wer sich Verschwörungserzählungen und rechtsextremer Mobilisierung entschlossen entgegenstellt,
28 braucht Mut. Entsprechenden Gegenprotest unterstützen wir ausdrücklich und helfen den Betroffenen von
29 rechter Gewalt.

30 **Versammlungsfreiheit schützen**

31 Der Schutz der im Grundgesetz garantierten Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist ein zentrales
32 Anliegen bündnisgrüner Politik. Es ist selbstverständlich, dass Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie
33 widersprochen und gegen diese demonstriert werden kann. Selbstverständlich ist aber auch, dass sich
34 Versammlungsteilnehmer*innen an geltendes Recht halten und dieses, wo das nicht der Fall ist, unter
35 Wahrung der Verhältnismäßigkeit durchgesetzt wird.

36 Eine Umdeutung und Verharmlosung rechtsextremer Proteste durch die Verwendung von Begriffen wie
37 "bürgerlich" oder "Spaziergang" lehnen wir ab, ebenso die Gleichsetzung friedlicher Proteste der
38 Anti-Atomkraft-Bewegung oder Klimaaktivist*innen mit Fackelmärschen an Privatadressen von
39 Politiker*innen. Insbesondere als ostdeutscher Landesverband ist es für uns inakzeptabel, die Diktatur in
40 der DDR zu verharmlosen und mit der Politik der Bundes- und Landesregierung gleichzusetzen. Das gilt
41 auch für Vergleiche, die unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlungen leugnen
42 oder verharmlosen.

43 Eine nicht unerhebliche Anzahl der Menschen im rechtsextremen und verschwörungserzählerischen
44 Spektrum ist für uns nicht mehr erreichbar. Den Dialog mit den teilweise gewaltbereiten Initiator*innen
45 entsprechender Proteste schließen wir aus.

46 Dialogbereit bleiben wir gegenüber den Teilnehmer*innen, die eine Grenze ziehen, wo wiederholt gegen
47 Auflagen verstoßen und die freiheitliche demokratische Grundordnung abgelehnt wird. Zweck eines
48 solchen Dialoges muss es sein, auf Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte und unter Anerkennung
49 wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse über Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zu
50 streiten. Er darf niemals Teil der Proteste sein und nicht genutzt werden, um Verschwörungserzählungen zu
51 verbreiten.

52
53 Um einen besseren Überblick über im Zusammenhang mit Verschwörungserzählungen stehendes
54 Versammlungsgeschehen zu erhalten, fordern wir ein landesweites Monitoring rechtsextremer
55 Mobilisierung.

56 **Demokratische Resilienz stärken**

57 Wir wollen und müssen die demokratische Resilienz unserer Gesellschaft stärken, um sie nachhaltig vor
58 rechtsextremen Bedrohungen zu schützen. Dafür schaffen wir eine Kultur und Umwelt, in der die
59 Verfassungstreue ihrer Mitglieder und Institutionen nicht nur formell anerkannt, sondern gelebt wird.

60 Wir wollen einen niedrighschwelligem, selbstbestimmten Zugang zu politischer Bildung. Dabei sollen
61 demokratische Kompetenzen vermittelt werden, die über eine reine Institutionenkunde hinausgehen.
62 Darüber hinaus wollen wir Beratungsangebote gegen Gewalt, Rechtsextremismus und
63 Fremdenfeindlichkeit einschließlich der Opferberatung stärken und verstetigen. Projekt-finanzierte
64 Angebote dürfen nur die Ausnahme und nicht die Regel sein.

65 Wir wollen zivilgesellschaftliches und demokratisches Engagement nachhaltig fördern und damit
66 dauerhafte und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Das Land Brandenburg soll sich im Bundesrat
67 dafür einsetzen, zivilgesellschaftliches Engagement als gemeinnützig anzuerkennen.

68 Die Landesregierung fordern wir auf, ein Landesgesetz zur Demokratieförderung vorzulegen. Ein solches
69 Gesetz soll neben der Stärkung von Ehrenamt und Zivilgesellschaft auch kommunalpolitisches
70 Engagement unter anderem durch einen Rechtsschutz fördern, der ehrenamtlichen Politiker*innen eine
71 effektive Verteidigung gegen Hass, Hetze und Verleumdungen ermöglicht.